

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Beim Lesen des ersten Newsletters der EU-Kommission verging mir das letzte Stück Gelassenheit aus den Weihnachts- und Neujahrstagen: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will eine europäische Säule der sozialen Rechte aufbauen. Der Sonderberater dafür kommt aus Schweden. Ich kann mich nicht erinnern, Herrn Juncker mit einem entsprechenden Mandat dafür gewählt zu haben. Ich finde diese Einmischung in Wirtschaft und Politik der Einzelstaaten grenzwertig.

Auch die Ausführungen seines Vertreters in Deutschland, Richard Kühnel, gehen von einem völlig anderen Europäischen Union aus als jene, von der ich noch in Schule und Universität gelernt habe. Der Begriff "gebündelte Souveränität" ist mir neu und seine Appelle an die umgekehrte Subsidiarität und gegen die bösen "Gegenkräfte" scheinen mir zutiefst undemokratisch. Vielleicht hat die EU-Bürokratie vergessen, dass eine Demokratie genau davon lebt, dass es Kräfte und Gegenkräfte gibt.

Und doch haben wir diese Entwicklung selbst zu verantworten. Wir gestatten es unserem Bundestag, so zu tun, als ginge ihn dies alles nichts an. So die F.A.Z. vom 21. Januar 2016 in ihrem Artikel Bundestag lässt EU gewähren: "Der Bundestag nutzt in den wenigsten Fällen seine Möglichkeiten, um Einfluss auf die europäische Gesetzgebung zu nehmen. Wie eine aktuelle Studie des Centrums für Europäische Politik (CEP)

zeigt, haben die Abgeordneten in Berlin fast nie die Möglichkeit genutzt, eine Initiative der EU-Kommission zu rügen, weil das damit angestrebte Ziel genauso gut oder besser auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene verwirklicht werden könnte. • Auch die Möglichkeit, mit Stellungnahmen Einfluss zu nehmen, nutzt der Bundestag kaum. • Der vom früheren Bundespräsidenten Roman Herzog ins Leben gerufene Konvent für Deutschland meinte, wer Subsidiarität einfordere, müsse sich auch einmischen. 'Vor allem die Untätigkeit des Bundestags macht uns fassungslos', urteilte das Gremium. • Wie Rupert Scholz, Geschäftsführender Vorstand des Konvents, bei der Vorstellung der Studie hervorhob, versickern die Papiere aus Brüssel im Bundestag in Fachausschüssen. 'Bevor sie sich irgendwann zu einer gemeinsamen möglichen Stellungnahme verständigt haben, ist der Zug in Brüssel längst abgefahren'. "

Europäischer Rat

Niederländische Präsidentschaft und Triopräsidentschaft Niederlande, Slowakei und Malta - Programmschwerpunkte

Die Niederlande haben am 01.01.2016 zum zwölften Mal seit Gründung der EU die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die Zielsetzung der niederländischen Ratspräsidentschaft ist die Förderung einer EU, die sich auf das Wesentliche konzentriert, Wachstum fördert und die gesellschaftlichen Akteure miteinander verbindet. Kon-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Die Präsidentschaft hat die folgenden vier Prioritäten festgelegt:

1. Ein integriertes Vorgehen in Fragen von Migration und internationaler Sicherheit
2. Europa als Motor für Innovation und Beschäftigung
3. Solide und zukunftsfähige europäische Finanzen und eine robuste Eurozone
4. Eine vorausschauende Klima- und Energiepolitik

Gleichzeitig begann am 01.01.2016 auch eine neue Triopräsidentschaft, an der neben den Niederlanden die Slowakei (zweites Halbjahr 2016) und Malta (erstes Halbjahr 2017) beteiligt sind. Auch die Triopräsidentschaft hat angekündigt, sich insbesondere den Themen Migration, Wachstum und Energieunion zu widmen, ebenso wie der Rolle der EU als globaler Akteur.

Link zum Präsidentschaftsprogramm:

<http://deutsch.eu2016.nl/dokumente/publications/2016/01/07/programm-der-niederlandischen-prasidentschaftdes-rates-der-europaischen-union>

EU-Kommission

Kommission bewilligt zusätzliche Soforthilfen für Schweden, Finnland und Belgien

Die Kommission hat am 23.12.2015 zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Flüchtlingsströme für Schweden, Finnland und Belgien bewilligt. Demnach erhält Schweden zusätzliche 35 Mio. ", Finnland 8 Mio. " und Belgien 5 Mio. " aus dem Fonds für Asyl, Migration und Integration (AMIF). Die Gelder sollen zur Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse Asylsuchender verwendet werden, insbesondere für die Bereitstellung

von Unterkünften und zur Versorgung mit Lebensmitteln. Diese Mittel ergänzen die bereits zur Verfügung gestellten Gelder, die sich für Schweden auf 118,5 Mio. ", für Finnland auf 23,48 Mio. " und für Belgien auf 89,25 Mio. " belaufen. Damit erhöhte sich die Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellte Summe für Soforthilfen für das Jahr 2015 auf insgesamt über 222 Mio. ". Die Bereitstellung der Soforthilfen erfolgte aus Mitteln des Fonds für Asyl, Migration und Integration (AMIF) sowie des Fonds für die Innere Sicherheit (ISF). Die Kommission versucht durch die Bereitstellung von Soforthilfen die Solidarität unter den Mitgliedstaaten zu fördern und den Asyl- und Migrationsdruck zu verringern beziehungsweise abzufedern.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-15-6393_en.htm

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/financing/fundings/migration-asylum-borders/asylum-migrationintegration-fund/index_en.htm

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/financing/fundings/security-and-safeguarding-liberties/internal-securityfund-police/index_en.htm

Kommission stärkt Regionen entlang der EU-Außengrenzen mit 1 Mrd. "

Am 07.01.2016 hat die Kommission 1 Mrd. " aus dem Europäischen Fonds für regionale Zusammenarbeit (ERDF) und dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument (ENI) für strukturelle Maßnahmen bewilligt, die zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung von Regionen an den EU-Außengrenzen beitragen sollen. Mit den Mitteln sollen Pro



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

jekte zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in 27 Staaten auf beiden Seiten der EU-Außengrenzen gefördert werden, um so den Lebensstandard der benachbarten Staaten an den Standard innerhalb der EU anzunähern. Bei der Vorstellung der Entscheidung betonten der für die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der EU zuständige Kommissar, Johannes Hahn, die Bedeutung der Maßnahmen für eine funktionierende Zusammenarbeit und zur Vorbeugung neuer „Trennlinien“. Die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Corina Creu hob insbesondere das Ziel hervor, die EU und ihre Nachbarn wirtschaftlich anzunähern. Die Kommission betonte zudem, dass sie die Maßnahmen als wirtschaftspolitische Ergänzung zu den im Dezember 2015 vorgestellten Vorschlägen für einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen ansieht.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-6_de.htm

Europäisches PKW-Mautsystem?

Verkehrskommissarin Violeta Bulc hat am 07.01.2016 in einem Interview mitgeteilt, dass möglicherweise schon im laufenden Jahr Vorschläge der Kommission für ein einheitliches europaweites Pkw-Mautsystem vorgestellt werden. Die Verkehrskommissarin betonte, dass viele unterschiedliche Mautsysteme ein Mobilitätshindernis für den Binnenmarkt seien und es daher einer europäischen Lösung bei den Straßennutzungsgebühren bedürfe. Die Kommission wolle das bestehende System der Lkw-Maut auf Pkw ausweiten. Länder, die eine Pkw-Maut einführen wollten, müss-

ten dies dann entsprechend europäischer Vorgaben tun. Dabei soll sich nach Auffassung der Kommissarin die Abgabe ausschließlich an der Zahl der gefahrenen Kilometer orientieren (Prinzip der Entfernungsabhängigkeit) und dürfe keine Autofahrer aus anderen Mitgliedstaaten benachteiligen (Prinzip der Nichtdiskriminierung). Die Kommissarin übte in diesem Zusammenhang erneut Kritik an dem in Deutschland geplanten Verfahren, inländische Autobesitzer über die Kfz-Steuer zu entlasten, und forderte Deutschland dazu auf, auf das Vorhaben zugunsten der Schaffung eines einheitlichen europäischen Mautsystems zu verzichten. Seitens der Bundesregierung wurde der Vorstoß der Kommissarin vom zuständigen Bundesverkehrsminister umgehend zurückgewiesen. Bundesminister Dobrindt verteidigte die Einführung einer Infrastrukturabgabe in Deutschland als europarechtskonform und forderte die Kommission dazu auf, im Rahmen des derzeit laufenden Vertragsverletzungsverfahrens die angekündigte begründete Stellungnahme nach Berlin zu übermitteln.

Fahrplan zu Verbraucherrechten

Die EU-Kommission noch im Dezember 2015 einen Fahrplan („Roadmap“) für einen „Fitnesscheck“ zu den Verbraucherrechten veröffentlicht. Mit Hilfe dessen soll das derzeit gültige EU-Verbraucherrecht im Hinblick auf seine Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und Mehrwert überprüft werden. Übermäßiger bürokratischer Aufwand, Überschneidungen, Lücken und Widersprüchlichkeiten sollen identifiziert und die Anwendung der bestehenden Instru-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

mente verbessert werden. Die Überprüfung soll zudem Aufschluss bringen, ob weitere legislative Maßnahmen auf EU-Ebene notwendig sind und ob sich eine Kodifizierung des EU-Verbraucherrechts in einem einzigen Instrument anbietet.

http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2016_just_023_evaluation_consumer_law_en.pdf

Griechenland-Hilfen

Am 22.12.2015 hat das ESM-Direktorium erwartungsgemäß die Auszahlung der letzten Subtranche in Höhe von 1 Mrd. " gebilligt. Laut ESM-Chef Klaus Regling fließen die Mittel in den Schuldendienst, den allgemeinen Staatshaushalt und die Kofinanzierung von EU-Projekten. Voraussetzung für die Auszahlung war die Umsetzung einer zweiten Liste von Meilensteinen mit 13 Reformmaßnahmen, unter anderem die Einrichtung eines Privatisierungsfonds, Regelungen zur Zwangsvollstreckung in Haushalte und eine Strategie zum Abbau von notleidenden Krediten. Damit ist die erste Hilfstranche in Höhe von 16 Mrd. " aus dem dritten griechischen Hilfsprogramm nun vollständig ausbezahlt. Zudem sind 5,4 Mrd. " zur Rekapitalisierung des griechischen Bankensektors an den griechischen Bankenrettungsfonds HFSF geflossen. Insgesamt stehen Griechenland in dem bis Juli 2018 laufenden Programm Finanzhilfen in Höhe von bis zu 86 Mrd. " zur Verfügung.

<http://www.esm.europa.eu/press/releases/esm-board-of-directors-approves-1-billion-disbursement-togreece1.htm>

EU und Philippinen nehmen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen auf

Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat am 22.12.2015 mitgeteilt, dass die EU und die Philippinen im ersten Halbjahr 2016 Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufnehmen werden. Beide Seiten möchten ein möglichst breites Abkommen schließen, das unter anderem die Abschaffung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen, den Zugang zu den Märkten für öffentliche Aufträge und Regeln in den Bereichen Wettbewerb und Schutz des geistigen Eigentums vorsieht. Damit sind die Philippinen das fünfte Land der ASEAN-Staaten, mit dem die EU Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen aufnimmt.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6352_de.htm

Inflation im Euroraum unverändert

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Dezember 2015 wie im Vormonat 0,2 Prozent. Das ergab eine erste Schätzung des europäischen Statistikamtes Eurostat. Die Entwicklung wurde erneut von den niedrigen Energiepreisen (minus 5,9 Prozent im Jahresvergleich) bestimmt.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

Ausgabe 1/2016, 24. Januar 2016

